

Appelle sind nicht ausreichend

Gemeinderat | CDU will Sperrung der Kernfußgängerzone für Radfahrer

Die CDU-Fraktion wird am heutigen Donnerstag im Gemeinderat beantragen, dass das Radfahren im zentralen Kernbereich der Fußgängerzone, zwischen Basler Straße (Café Pape) und Grabenstraße (Senser Platz) sowie in der Turmstraße künftig von 9 bis 21 Uhr nicht mehr gestattet ist. Im Vorfeld positionieren sich die Fraktionen – auch zur geplanten Fahrradstraße der Stadt.

Lörrach. „Schon von Gesetzes wegen ist der Sinn einer Fußgängerzone, gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmer, die Fußgänger, zu schützen. Die Erlaubnis, dort Rad zu fahren, ist eine Ausnahme und nicht der Zweck einer Fußgängerzone“, schreibt CDU-Fraktionsvorsitzender Ulrich Lusche. Auch Radfahrer müssten insoweit Einschränkungen akzeptieren. „Wir sehen nicht, dass insoweit reine Appelle und Informationen ausreichen. Umgekehrt wollen wir aber auch keinen Fundamentalismus betreiben, sondern mit dem aktualisierten Antrag gerade auch die Diskussion der vergangenen Monate einbeziehen.“

Für jede Regelung sei wichtig, dass sie möglichst breit akzeptiert werde. Lusche: „Ganz offenkundig sind insbesondere Teile der Grünen und dahinterstehende Lobbyverbände aber der Auffassung, dass das Fahrradfahren selbst im Kernbereich einer Fußgängerzone keinerlei Einschränkungen unterliegen dürfe. Offenkundig soll auch verhindert werden, dass



Künftig vielleicht nicht mehr erlaubt: ein Radfahrer in der Kernfußgängerzone. Foto: Kristoff Meller

eine konkrete Abstimmung über unseren Antrag erfolgt.“

Über Pressemitteilungen werde versucht, ständig auf andere Themenfelder zu verweisen und abzulenken, kritisiert die CDU. Lusche erklärt: „Für uns ist die Angelegenheit entscheidungsreif. Der Gemeinderat ist auch der richtige Ort, darüber zu diskutieren, aber eben dann auch zu entscheiden. Wir benötigen hierzu nicht immer neue, spontan geschaffene Gremien wie Runde Tische, zu denen dann kurzfristig von der Verwaltung eingeladen wird und deren Zusammensetzung auch aufgrund der gewählten Termine oft

Zufälligkeiten unterliegt. Gleichzeitig soll deren Diskussionsstand aber praktisch schon den Gemeinderatsbeschluss vorweg nehmen.“

SPD unterstützt Sperrung der Kernfußgängerzone

Die Vorstellungen der Verwaltung zum Fahrradverkehr werden von der SPD-Fraktion nur teilweise mitgetragen. Prinzipielle Unterstützung finden die Überlegungen zur Einrichtung einer Fahrradstraße vom Schwimmbad bis zum Aicheleknotten: „Allerdings verlangen wir, dass die Auswirkungen auf den Busverkehr und den motorisierten

Individualverkehr mit untersucht werden. Zudem muss vor einer endgültigen Entscheidung über die Einrichtung dieser Fahrradstraße auch über die Kosten gesprochen werden. Diese Fahrradstraße soll ja auch zur Umfahrung der Fußgängerzone dienen“, heißt es in einer Mitteilung.

Damit diese auch tatsächlich angenommen werde, spricht sich die Fraktion für eine Sperrung der Kernfußgängerzone für den Radverkehr an Werktagen von 10 bis 19 Uhr aus. Ob dies sofort geschehen soll, oder erst mit Vorstellung der Planung für die Fahrrad-Westumfahrung

der Innenstadt, müsse heute Abend diskutiert werden.

Freie Wähler gegen Fahrradstraße

Die Freien Wähler werden hingegen gegen die Planungen für eine Fahrradstraße stimmen. „Wir sind nicht gegen die Förderung des Radverkehrs“, betont die Fraktion in einer Mitteilung. Aber sie fordert ein Gesamtkonzept. Ihrer Meinung nach müssen Maßnahmen, die die Verkehrsströme stark verändern, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geplant werden. Die Mehrheit der Fraktion befürwortet, dass Velos weiterhin durch die Fußgängerzone fahren dürfen.

Die gesamte Fraktion lehnt die Ausweisung der Fahrradstraße ab, solange es kein Verkehrskonzept gibt. Vor einer Ausweisung müsse geklärt werden, ob Autofahrer dann auf die Wiesentalstraße oder vielleicht auch auf die Belchenstraße mitten in der Stadt ausweichen würden, sagt der Fraktionsvorsitzende Matthias Lindemer. Unklar sei außerdem, wie viele Velos in der Fußgängerzone direkt ein Ziel ansteuern und wie viele nur hindurchfahren.

Jörg Müller warnte, die Stadtverwaltung dürfe bei ihrer Verkehrspolitik „keine Klientelpolitik für die Radfahrerlobby“ machen. Er kritisierte, dass die Grundlage für den Beschlussvorschlag an zwei Runden Tischen erarbeitet worden sei. Dabei sei nur die IG Velo nicht aber die IG Verkehr eingebunden worden, kritisiert er. Letztere äußert sich im Vorfeld der Gemeinderatssitzung ebenfalls in einer Stellungnahme (siehe Meldung).